



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

503 (6.11.1920) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-194195](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-194195)

Mannheimer General-Anzeiger

Verlagspreis: In Mannheim u. Umgebung monatl. einchl. St. 1.70 für Stuttgart u. Umgebung monatl. 2.00. Fernsprechnr. 2111. In den übrigen Städten des Reichs monatl. 2.00. Fernsprechnr. 2111. In den übrigen Städten des Reichs monatl. 2.00. Fernsprechnr. 2111.

Badische Neuere Nachrichten

Verlagspreis: In Mannheim u. Umgebung monatl. einchl. St. 1.70 für Stuttgart u. Umgebung monatl. 2.00. Fernsprechnr. 2111. In den übrigen Städten des Reichs monatl. 2.00. Fernsprechnr. 2111.

Der Vorstoß.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion fordert die Vollsozialisierung.

Was lange erwartet wurde, ist nunmehr Ereignis geworden. Wir haben in den letzten Wochen immer wieder darauf hingewiesen, daß die Sozialdemokratie beabsichtigt, die Frage der Sozialisierung zu einer hochpolitischen Aktion auszuweiten mit dem Endziel des Sturzes der gegenwärtigen Regierung. Vor dieser bedeutsamen Phase innerer Entwicklung stehen wir nun. Die Sozialdemokratie will im Reichstag die Vollsozialisierung des Kohlenbergbaues fordern. Es trifft sich ganz gut, daß der „Vorwärts“ gestern abermals über die schlechten Erfahrungen der letzten Monate berichtet, die man in Rußland mit den sozialistischen Experimenten gemacht hat: von der kollektiven Leitung der Betriebe geht man wieder zur Leitung durch die einzelnen verantwortlichen Persönlichkeiten über. In Rußland. In Deutschland aber glaubt die sozialistische Linke den Versuch mit der kollektiven Leitung im Kohlenbergbau doch machen zu sollen. Wirtschaftliche Gründe sprechen durchaus dagegen. Das einzig oder wirklich treibende Motiv ist ein politisches: das unruhige Machtbegehren der unruhigen Volkstribunen vom Schlage Scheidemanns, der erst vor einigen Tagen mit seinem Vorstoß gegen die Reichswehr, mit seinem Liebeswerben um die radikalen Brüder deutlich genug gezeigt hat, was die Uhr geschlagen hat. Mit Schaudern denkt man an den hunterstapflichen Reichstagsrat, der die Aufgabe zugewiesen erhalten soll, mit den tausend Bergwerten unmittelbar in zentraler Verwaltung abzurechnen. Schätzungsweise hat man berechnet, daß man zur Durchführung einen Apparat von 4000 unproduktiv arbeitenden Personen neu einrichten müsse. Aber es handelt sich ja auch nicht um Wirtschaft, sondern um politische Macht. Wahrscheinlich ist es recht vielen Sozialdemokraten selbst gar nicht recht Ernst mit der Vollsozialisierung. Aber sie ist nun einmal das neue Schlagwort, an dessen Allheilskraft man die Massen glauben gelehrt hat. Sie werden in Bewegung kommen, sich zusammenschließen lassen, demonstrieren. Und auf der anderen Seite wird sich — so rechnen die Volkstribunen — aus wirtschaftlichem Verantwortungsbewußtsein heraus ein starker Widerstand gegen die Vollsozialisierung im Reichstage erheben. Der geht jetzt bis zum rechten Flügel der Sozialdemokratischen Partei, für den Dr. Petersen unangenehmere sozialistische Experimente, die die Produktivität der Wirtschaft in Frage stellen, abgelehnt hat, während der linke Flügel Regina Deutsch-Breuß (Verein Friedrich Raumann) wohl etwas anders stehen, und der Sozialdemokratische Bundesgenossenschaft leisten mag, um die unbedingte Linksorientierung der Partei aufrechtzuerhalten. Die Gegnerschaft aber wird stark sein und die Krise ist da, die Krise, die die Sozialdemokratie braucht. Ob die Rechnung Fehler hat, das wird sich binnen wenigen Wochen zeigen. Es wird alles darauf ankommen, ob die Bürgerlichen oder, gegen wir besser, die nichtsozialistischen Parteien das Gebot der Stunde erkennen und ob auf sie gestützt die Regierung den Mut und die Fähigkeit zeigen wird, dem Vornehm und den Drolungen der Straße zu trotzen. Immerhin wird damit zu rechnen sein, daß wir im Dezember bewegtere Tage erleben werden.

Die Regierung soll Farbe bekennen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat gestern einstimmig beschlossen, heute folgende Interpellation einzubringen: Ist die Reichsregierung bereit, zu erklären, wann sie den von ihr schon wiederholt — und besonders nach dem Abkommen von Spa — zugesagten Vorgehen über die Vollsozialisierung des Kohlenbergbaues vortragen wird, und zwar einen Gesetzentwurf, welcher sich nicht etwa auf einen Gewinn am Kapital oder Ertragsbeteiligung der Arbeiter beschränkt, vielmehr die Vollsozialisierung der Kohlenförderung und der Kohlenverteilung durchführt wird. Der „Vorwärts“ bemerkt in der Erläuterung dieser, wie er mitteilt, von der sozialdemokratischen Fraktion einstimmig beschlossenen Interpellation drohend, die Regierung werde nach Wiederaufnahme der Plenarberatungen am 18. Novobr. Farbe bekennen müssen. Die Masse der Arbeiter sei nicht gewillt, eine Verschleppung dieser brennenden Frage zu dulden. Ihrem Wunsche entspräche die Interpellation der Reichstagsfraktion. Mit anderen Worten: die Reichstagsfraktion legt sich dem Gebot der Straße.

Die Revolutionsfeier in München.

München, 6. Nov. (Priv.-Tel.) Die Münchener Volksgewehrtruppe hat für die Revolutionsfeier am Sonntag, den 7. November Versammlungen unter freiem Himmel, Straßenumgebungen, Umzüge und Feiern auf Friedhöfen verboten. Eine Abordnung, die aus je einem Vertreter der K.P.D., U.S.P., des Gewerkschaftsvereins, der Betriebsräte und der I.A. bestand, ersuchte nun die Volksgewehrtruppe um Genehmigung der für den 7. November vormittags 10 Uhr geplanten Revolutionsfeier in der Ausstellung-Arena. Der Staatskommissar genehmigte die Abhaltung der Versammlung unter freiem Himmel, verbot aber den Aufmarsch aus verschiedenen Stadtteilen in geschlossenen Zügen zur Arena. Die Veranstalter wendeten darauf ein, daß dieses Verbot im Oktober auch bei der Einwohnerwehrtage am Königsplatz und der Gedenkfeier für die Gefangenen am Friedrichsdenkmal keine Anwendung fand. Demgegenüber wurde erklärt, daß diese beiden Veranstaltungen einen unpolitischen Charakter trugen. Seit Bestehen der Bestimmungen vom 4. November 1919 sei keiner politischen Partei jemals ein Umzug gestattet worden. Die Abordnung erklärte hierauf, daß sie die Verantwortung für den ruhigen Verlauf der Revolutionsfeier wegen des Verbotes der Umzüge nun nicht übernehmen könnte.

Die K.P.D. veranstaltet gemeinsam mit den Neukommunisten eine Revolutionsfeier bestehend aus zwei großen öffentlichen Versammlungen, in denen ein Genosse Leo aus Berlin und der Redakteur der „Neuen Zeitung“ Thomas sprechen werden.

Am gestrigen Freitag fanden zwischen Vertretern der sozialdemokratischen und unabhängigen Partei einerseits und des Gewerkschaftsvereins und der Betriebsräte andererseits eine Besprechung statt, die das Verbot des geschlossenen Aufmarsches mit einer allgemeinen Arbeitsruhe am Dienstag, den 9. November zu beantworten mit Rücksicht auf die allgemeinen Verhältnisse ablehnten.

Es wurde beschlossen, die Feier in der vorgesehenen Form abzuhalten mit der Abänderung, daß die Teilnehmer aufgefordert werden, sich in zwanglosen Gruppen zum Aufstellungsplatz zu begeben.

Die „Münchener Post“ und „Der Kampf“ hatten gestern die Sammelplätze bekannt gegeben, von denen aus in geschlossenen Zügen durch die Stadt zur Arena marschiert werden sollte in der offensiblen Absicht trotz des Verbotes zur Ausbildung aufzufordern. Der Staatskommissar sagt in einer Warnung, die er heute neuerdings zur Revolutionsfeier erläßt, unter anderem: Der Staatskommissar warnt hiermit nachdrücklich vor Zusammenhandlungen gegen sein Verbot. Ruhe und besonnene Teilnehmer an der Versammlung in der Arena mögen sich unmittelbar dorthin begeben, gegen andere Elemente, die gegen ein Verbot des Staatskommissars die Straße mißbrauchen zu müssen glauben, wird mit rücksichtsloser Schärfe eingeschritten werden. Sie werden sich die Folgen ihrer Handlungsweise selbst zuzuschreiben haben.

München, 6. Nov. (Priv.-Tel.) Der Verfassungsausschuß des Bayerischen Landtages hat gestern den Amnestiegesetzentwurf der U.S.P. zu Gunsten der politischen Gefangenen abgelehnt.

Die Reichsbehörden feiern nicht. Berlin, 5. Nov. Auf eine Anfrage beschloß das Kabinett, daß am 9. November in den Reichsbetrieben und bei den Reichsbehörden nicht gefeiert wird.

Kommunisten-Fest.

Berlin, 6. Novbr. (Von unserm Berliner Büro.) Die Kommunisten laden für den morgigen Sonntag vormittag zu Versammlungen ein, in denen der Jahrestag der russischen Revolution gefeiert werden soll. Daran schließt sich ein Demonstrationszug nach dem Lustgarten, verbunden mit Massengefang und Ansprachen.

Die Hege gegen die Orgesch.

Berlin, 6. Novbr. (Von unserm Berliner Büro.) Sowohl die Deutsche Volkspartei wie die Deutschnationalen haben in der preussischen Landesserversammlung eine Interpellation an die Staatsregierung eingebracht, wegen des Erlasses des Ministers Seevering in Sachen Orgesch.

Berlin, 6. Nov. (Priv.-Tel.) Die Deutschnationale Volkspartei hat in der Ostpreussischen Landesserversammlung an die Staatsregierung eine Anfrage gestellt, in der sie das Verbot der Orgesch in Preußen als gegenwärtig bezeichnet und die Staatsregierung fragt, ob sie bereit sei, die durch die Reichsverfassung gewährleistete Vereinsfreiheit gegen den Minister des Innern zu schützen.

Dresden, 5. Nov. (WB.) Die vom Ministerium des Innern eingeleitete Untersuchung in Sachen der von der „Chemnitzer Volkstimme“ gegen die Landespolizei erhobenen Beschuldigungen ergab gegen die neue Landespolizei als solche nichts Belastendes. Es hat sich keinerlei Beweis dafür erbringen lassen, daß die Landespolizei mit der Orgesch oder mit einer anderen Organisation, insbesondere mit dem Verein Stahlhelm in Chemnitz, unzulässige Verbindungen aufgenommen hätte. Von den beiden ihres Dienstes entbundenen Offizieren ist Hauptmann Conrad unter Aufhebung der Suspendierung vom Amte in seine Rechte wieder eingesetzt worden, während lediglich gegen Leutnant Scholle wegen schwerer Verletzungen seiner Dienstobliegenheiten sofortige Entlassung verfügt wurde. Im übrigen hat der Minister des Innern die Volkstribüne angewiesen, alle Veröffentlichungen der Dramatiker Orgesch mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterdrücken.

Darmstadt, 5. Nov. (WB.) Das Gesamtministerium erläßt eine Bekanntmachung betreffend die Orgeschorganisationen in Hessen, in der es heißt: In letzter Zeit ist in Preußen öfters behauptet worden, daß sich im Volksstaat Hessen Orgesch- oder orgeschähnliche Organisationen gebildet haben. Ein Selbstschutz der Bevölkerung kann nicht zugelassen werden. Inwieweit im öffentlichen Interesse eine Selbstschutzorganisation sich als dringend notwendig erweist, bedarf sie der Genehmigung des Ministeriums des Innern. Sollte trotz dieser von den nachgeordneten Polizeibehörden wiederholt gegebenen Richtlinien im Lande Vereinigungen bestehen, welche polizeiliche oder polizeilähnliche Zwecke verfolgen, so müßte unnachlässig die Strenge des Gesetzes zur Anwendung gebracht werden. Zur Bildung von Selbstschutzorganisationen ist unwesentlicher Veranlassung gegeben, als die Reaktion über die nötigen Polizeikräfte verfügt, um die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Lande zu gewährleisten.

Große Unruhen in Moskau.

Kopenhagen, 5. Nov. (WB.) Die in Helsingfors erscheinende Nowaja Auskaja Schin behauptet, aus durchaus zuverlässiger Quelle zu wissen, daß tatsächlich große Unruhen in Moskau ausgebrochen sind und daß aus Petersburg Truppen abgesandt wurden, um den Aufruhr zu unterdrücken.

Wie es in Rußland aussieht. In einer Zusammenkunft der Berliner Gewerkschaftskommission erstatteten drei Mitglieder der nach Ruß-

land zu Studienzwecken entsandten Kommission Bericht über die Ergebnisse ihrer Studienfahrt. Das Bild, das man sich im allgemeinen aufgrund der bekannten Tatsachen über Rußland machen konnte, wurde, dem „Vorwärts“ zufolge, durch diese Berichte nicht verändert, sondern nur vervollständigt, und zwar im wesentlichen nach der Richtung hin. Hier und da erinnerten Untertöne in der Berichterstattung auch daran, daß in Rußland Rot und Weiß herrschen. Aber über diese Schattenseiten sprachen die Berichtsersteller nicht. Vielleicht hätte man sie, so sagt das Blatt weiter, in Rußland so gesehen, daß sie an Rot und Weiß vorbeisehen mußten, aber sie sahen es nicht und hielten es nicht für zweckmäßig, ihren Berliner Mandatgebern die Schattenseiten des russischen Lebens zu schildern.

Aus den Berichten der drei Redner sei hervorgehoben: Die Bolschewisten machen die größten Anstrengungen, um das Wirtschaftsleben wieder aufzubauen. Die Anzeichen des beginnenden Erfolges sind bereits sichtbar. Die Wirtschaft ist streng zentralistisch und gut organisiert, aber mit einem viel zu großen bürokratischen Apparat belastet. Von der kollektiven Leitung der Betriebe geht man ab und führt wieder die Leitung der einzelnen verantwortlichen Einzelpersonen ein, weil unter diesem System mehr geleistet wird. Das Bild der russischen Industrie ist trübselig. Als Anzeichen des kulturellen Aufbaues bezeichnet ein Redner die Einführung des Schulzwanges. Alle russischen zuständigen Stellen sind sich einig, daß den deutschen Arbeitern die Auswanderung nach Rußland nicht anzuraten ist. Wer auswandern will, muß dies auf eigene Verantwortung tun in dem Bewußtsein, daß er unter Opfern und Entbehrungen am Aufbau Rußlands im kommunistischen Sinne mitarbeiten muß.

Hefige Kämpfe in der Krim.

London, 5. Nov. (WB.) Ein Moskauer Funkpruch vom 2. 11. besagt: Im Krimabschnitt spielten sich in der Nähe von Solowj hofte Kämpfe ab. Wir machten über 1000 Gefangene und erbeuteten Geschütze. Nach heftigem Kampfe haben unsere Truppen Genuitschsk besetzt.

Einspruch gegen die Annettierung Bessarabiens.

Moskau, 5. Nov. (WB.) Der russische und der ukrainische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten richteten an Lord Curzon einen Funkpruch, in dem sie nachdrücklich dagegen Einspruch erheben, daß zwischen den alliierten Großmächten und Rumänien bezüglich der Annettierung Bessarabiens ein Vertrag abgeschlossen worden ist. Die Sowjetrepublik Rußland und die Ukraine könnten keinen Vertrag über Bessarabien ohne ihre Teilnahme als rechtsgültig anerkennen.

Verhaftung von bolschewistischen Agitatoren in Wien.

Wien, 5. Nov. (WB.) Dem Neuen Wiener Abendblatt zufolge verhaftete die Wiener Polizei drei bolschewistische Agitatoren, die in der Leitung der hiesigen ukrainischen kommunistischen Partei tätig waren und als Kurier den Dienst zwischen Wien und Moskau versahen. Dazu berichtet ergänzend die Korrespondenz Wilm, daß zwei von den Verhafteten, Djatow und Birschik mit Namen, ukrainische Staatsbürger seien, die als solche unverzüglich abgeschoben wurden, während der dritte dem Larnopoler Bericht zufolge geflohen sei.

Die Heimführung der Kriegsgefangenen.

Kopenhagen, 5. Nov. (WB.) Nach einem Telegramm aus Christiania veröffentlicht Max Westfal im Morgenblatt eine Schilderung der schrecklichen Zustände in den Kriegsgefangenenlagern Westsibiriens. Er erklärt, wenn nicht sofort Kleider und Medizin gebracht würden, wäre die geplante Hilfe des Völkerbundes überflüssig. Alle Kriegsgefangenen würden im Laufe des Winters dahinstirben. Professor Hansen, dem dieser Artikel vorgelegt wurde, bestreitet die Berechtigung des Artikelschreibers und spricht gleichzeitig über die Gefangenentransporte und sagt: Bisher seien über Estland und Finnland über 100 000 Gefangene heimgeleitet worden. Zurzeit würden regelmäßig 6000 Gefangene aus Rußland und Sibirien heimgeführt und die gleiche Anzahl aus Deutschland nach Rußland. Es geschieht alles, was in Menschenmacht steht, um die Heimführung zu fördern.

Oberschlesien.

Die Nordlat in Rosenberg.

Berlin, 5. Nov. (WB.) Zu der in Rosenberg in Oberschlesien verübten Nordlat an einem Lehrer und einem Landjäger erzählt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, daß beide im Dienste der deutschen Organisation für Oberschlesien tätig waren und sich als Beamte im ganzen Kreise eines guten Rufes erfreuten. Als bemerkenswert bezeichnet das Blatt, daß diese beiden Beamten im Bezirke des Pfarrers Ruchta, der auf polnischer Seite zu den größten Hefern gegen Deutschland gehört, ermordet wurden. Gleichzeitig erzählt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ von einem neuen Ueberfall auf den Lehrer Schäfer aus Lowotshau durch drei Banditen in der Nacht zum 3. November. Schäfer, der Kriegsbeschädigte ist, wurde durch diesen Ueberfall schwer verletzt. Auch er halte sich im Interesse des Deutschtums betätigt.

Der kommende Oberkommissar für Danzig.

Berlin, 6. Nov. (Von unserm Berliner Büro.) Wie die „Rostocker Zeitung“ erfährt, ist zum Oberkommissar für Danzig der Vortragende Rat im norwegischen Ministerium des Aeußern, Erik Colbarn, in Aussicht genommen. Colbarn hat in den letzten beiden Jahren Norwegen im Büro des Völkerbundes in allen seinen Konferenzen vertreten.

Die deutsch-polnischen Verkehrsverhandlungen.

Berlin, 6. Novbr. (Von unserm Berliner Büro.) Die deutsch-polnischen Verkehrsverhandlungen in Paris haben zu einem gewissen Abschluß geführt. Die Polen haben sich bereit erklärt, von Königsberg nach Berlin über Dirschau-Panitz den Verkehr bis Ende November wieder zuzulassen. Auch auf den beiden anderen Hauptstrecken über Schneidemühl-Bromberg-Thorn und über Thorn-Bissa wird die direkte Bahnverbindung

Dung in der nächsten Zeit ausgenommen werden. Ueber die Strecke Stolp-Danzig-Gding ist ein Uebereinkommen noch nicht erzielt worden. Für die Verbindung zwischen Schlesien und Ostpreußen ist bisher nur der Verkehr über Biffa freigegeben worden. Ueber die Hauptverbindung nach Schlesien, welche für die Kohlenversorgung Ostpreußens von größter Wichtigkeit ist, wurde eine Verständigung noch nicht erzielt. Die Züge von Ostpreußen nach dem übrigen Deutschland werden als geschlossene Züge durchgeführt. Auf Pab und Bifum verzichten die Polen, sie verlangen jedoch von den Deutschen einen Identitätsnachweis. Auch über den postalischen Verkehr durch den Korridor ist ein Einvernehmen erzielt worden, dagegen noch nicht über den militärischen Verkehr.

Deutschland und England.

Die deutsche Antwort an Oxford.

Berlin, 5. Nov. (W. B.) Jahn dem deutschen Reichstag angehörige Universitätslehrer beschlossen folgende Antwort auf die Rundgebung der Oxford Gelehrten:

Die unterzeichneten deutschen Universitätslehrer im deutschen Reichstag glauben im Namen der deutschen Wissenschaft zu sprechen, wenn sie, auch nach Kenntnisnahme der Erklärung des Vizelänglers der Universität Oxford, auf den in der „Times“ am 18. Oktober veröffentlichten Brief der Oxford Gelehrten in gleicher Bestimmung wie folgt antworten: Die Wissenschaft kennt nur ein Ziel: die Erforschung der Wahrheit. Zur Lösung dieser einzigen Aufgabe bedarf sie der gemeinsamen Arbeit aller Grenzen und Staaten hinaus. Der Weltkrieg unterbrach die gemeinsame Arbeit und löste viele persönliche Bande. Wir sind bereit, sie wieder zu knüpfen und durch gemeinsame Arbeit vergessen zu machen, was in beiden Lagern Verleidendes geschrieben und gesprochen worden war. Auch unser Hoffen richtet sich auf die Zukunft. Ihre Aufgaben sind nach den bitteren Erfahrungen der Menschheit in der Vergangenheit größer und dringlicher als je. Möge die wissenschaftliche Arbeit das Übrige dazu tun, den Geist der Gerechtigkeit, Verhältnlichkeit und der gegenseitigen nationalen Achtung zu fördern, ohne den der Wiederaufbau der zusammengebrochenen Welt ummöglich ist.gez. Beperle, Graf zu Dohna, Koch, Raas, Kohl, Rosenhauer, Raddrich, Rieffer, Schreiber, Schilling.

Für die Aufnahme der Mittelmächte in den Völkerverbund.

Amsterdam, 5. Nov. (W. B.) Der Brüsseler Berichterstatter des Telegrafen erzählt von einer Persönlichkeit, die in enger Beziehung zum Völkerverbund steht, es werde erwartet, daß England, Italien und die südamerikanischen Staaten sich nicht gegen die Aufnahme Deutschlands, Österreichs und Ungarns in den Völkerverbund erklären würden. Es sei auch wahrscheinlich, daß sich auch die neutralen Staaten für die Aufnahme der Mittelmächte in den Völkerverbund aussprechen würden.

Ägypten.

London, 5. Nov. (W. B.) Reuter erzählt, daß die ägyptische Delegation im Hinblick auf die von ihm im Oberhaus abgegebenen Erklärungen und Zusicherungen hinsichtlich der Reformen in Ägypten ihre Abreise aus London verschoben haben und neue Konferenzen mit Ägypten erwägen.

Amsterdam, 5. Nov. (W. B.) Einer drahtlosen Meldung zufolge erklärte Lord Milner im englischen Oberhaus, er glaube, daß die Möglichkeit für England bestehe, alles, was es in Ägypten brauche, zu erreichen, und damit die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung ohne dabei die dauernde Freundschaft mit dem ägyptischen Volke verstoßen zu müssen.

Irlands Freiheitskampf.

Dublin, 5. Nov. Im Laufe der letzten 24 Stunden nahmen die Truppen mehr als 400 Hausdurchsuchungen vor. Zwei Zivilisten wurden getötet.

Die Bergarbeiter.

London, 5. Nov. Reuter berichtet aus den Kohlengebieten, daß es sich bestätigt, daß der Aufforderung des Bergarbeiterverbandes an die streikenden Bergleute, die Arbeit wieder aufzunehmen, überall Folge geleistet wird, sogar in Lancashire und Schottland, wo eine sehr große Mehrheit gegen die Annahme des Abkommens zustande gekommen war.

MTB. London, 6. Nov. (Priv. Tel.) „Daily Mail“ befürchtet daß der mit geringer Mehrheit für die Wiederaufnahme der Arbeit beizugelagte Arbeiterstreik nicht zu große Hoffnungen auf einen künftigen Frieden im Bergbau gewähren wird.

Nach der Präsidentenwahl.

Die republikanische Mehrheit in den Vereinigten Staaten.

London, 5. Nov. (W. B.) Das Reuterische Büro meldet aus New York: Der frühere Vorsitzende des Repräsentantenhauses Champ Clark wurde von dem Republikaner Reids geschlossen. Es gilt als sicher, daß die Republikaner im Senat eine Mehrheit von zehn, im Repräsentantenhaus eine solche von 100 Abgeordneten haben werden.

Die Lage der Reichseisenbahnen.

Berlin, 5. Nov. (W. B.) Am 4. und 5. November tagte unter dem Vorsitz des Reichsverkehrsministers der auf Grund des Reichstagsbeschlusses gebildete Sachverständigenrat zur Prüfung der wirtschaftlichen Lage der Reichseisenbahnen. Er nahm zunächst Vorträge entgegen, die ihm über die allgem. wirtschaftliche Lage der Eisenbahnen, über die Reorganisation der Hauptwerkstätten und über die Frage der Preisfestsetzung der für die Eisenbahnen wichtigsten Rohstoffe gehalten wurden. Ihnen folgte eine eingehende Ausdrache an, worin zahlreiche Mitglieder des Rates das Wort ergrieffen. Neben einer großen Zahl von Einzelfragen wurde insbesondere die Organisation der Reichseisenbahnen, ihre Personalpolitik und vor allem die finanzielle Lage der Eisenbahnen erörtert.

Von allen Rednern wurde darauf hingewiesen, daß neben äußerer Beschränkung der Ausgaben darnach gestrebt werden müsse, die Einnahmen zu steigern. Die Tarife im Personenverkehr im Güterverkehr seien der allgemeinen Preissteigerung nicht gefolgt und trügen der in den letzten Jahren eintretenden Selbstwertung keine Rechnung. Deshalb müsse trotz der damit verbundenen Belastung des Wirtschaftens ernstlich geprüft werden, ob nicht eine sachgemäße Tarifpolitik ebenfalls anzustreben sei.

Für die weitere Fortsetzung der Arbeit wurden die der Beirat betreffen, und auch die wichtigsten Fragen, die der Beirat zu bearbeiten hat, sind im Hinblick auf die Steigerung der Einnahmen erörtert. Der Wirtschaftsausschuss wird die Wirtschaftsführung der Eisenbahnen hinsichtlich ihrer Ausgaben bearbeitet und die Fragen der Personalpolitik und der Verwaltung in den Kreis seiner Beratungen ziehen. Der Wirtschaftsausschuss soll die wirtschaftliche Organisation der Reichseisenbahnen und die Fragen der Organisation der Reparaturwerkstätten der

Eisenbahnen erörtern. Die Ausschüsse werden ihre Tätigkeit bald beginnen.

Berlin, 5. Nov. (W. B.) Ueber die Lage der Eisenbahnen machte Reichsminister Groner im Reichstagen im Hinblick auf die Vorkriegszeit zurückblickend, daß die Eisenbahnen im Vergleich mit anderen Verkehrsmitteln, gegenüber 1913 um 60 Prozent, die Arbeitsleistungen sich gegenüber dem Vorjahre bereits erheblich steigern, bleiben sie doch gegenüber der Vorkriegszeit weit zurück. Dies ist einer der Gründe für das Defizit von 14,37 Milliarden Mark. Der Personalbestand betrug 1913 im Durchschnitt 2359 Tausend, 1920 14027 Tausend, der Arbeiterlohn 1913 1831 Tausend, 1920 11219 Tausend, also im Gesamtdurchschnitt trat eine Steigerung der Gehälter und Löhne um etwa das Sechsfache ein. Demgegenüber sind die Warenpreise viel mehr gestiegen. Infolge der schlechten Qualität der Rohstoffe steigerte sich der quantitative Verbrauch um 88 Prozent, so daß dem Kohlenverbrauch zum Gesamtumsatz von 219 Millionen im 1913 heute für 1920 ein solcher von 4558 Millionen gegenübersteht. Das Defizit wird durch Einschränkung des Personalbestandes, soweit es möglich ist, zu Verringerungen versucht, außerdem durch die Materialersparnis sowie durch die Entnahme von Vermehrungen durch Steigerung der Frachtraten unter Schonung der Personalverhältnisse, deren Wiederaufbau man einen Staffeltarif in Erwägung ziehen wird. Die Ausschüsse des Reichseisenbahnen werden sich mit den Väterlichen befassen.

Deutscher Reichstag.

ab. Berlin, 5. Nov.

Das Haus erhebt sich gegen die Kasse.

Auf eine Anfrage des Abg. Damm (Dsp.) wegen Entschädigung und Unterstützung der durch die Abgabe unserer Handelsflotte erwerblos gewordenen Schiffer wird regierungstreu geantwortet, daß den Betroffenen aus Mitteln der Kasse und mit Unterstützung der Regierung eine einmalige Unterstützung gezahlt werden solle. Ueber Art und Verteilung werde dem Haus eine entsprechende Vorlage zugehen.

Abg. Frau Ohsimb (Dsp.) fragt wegen der gesundheitlichen Gefahren für unsere Kinder durch Auslieferung von 810 000 Riffeln.

Staatssekretär Müller erwidert, die Summe von 810 000 Riffeln, die angeblich Frankreich fordern, treffe nicht zu. Es handele sich vielmehr um kleinere Teile, die sich über die Ententeänder verteilten. Uebrigens habe die Regierung unter Marienburg der wirtschaftlichen Gefahren gegen die weitere Auslieferung von Riffeln Einspruch erhoben. Eine Antwort sei noch nicht eingingen.

Reichsminister für Entlohnung Dr. Wetters betont auf eine Anfrage wegen der Entlohnung der Orgel und der übrigen Organisten, daß zunächst die Abfertigung der schweren Waffen wie Geschütze, Maschinengewehre usw. erfolgen solle. Wegen der sonstigen Entlohnung müsse man die verschiedenen Verhältnisse in den einzelnen Ländern ins Auge fassen. In Bayern werde man sich nach den gemachten Erfahrungen nur schwer von 3 Kronen, und bei unserem Landwehr in Ostpreußen liegt es zu 2 Kronen nicht anders. Man müsse daher in diesem Punkte etwas Zeit lassen. Inzwischen werde er mit dem bayerischen Minister verhandeln. (Sitzung des Reichstages am 5. Nov.) Er werde im übrigen keine Riffel abzugeben, wie es das Gesetz vorschreibe, ohne sich von rechts oder links beeinflussen zu lassen.

Abg. Dr. Fernburg (Dem.) stellt die Ausführungen des Ministers des Reichs gegenüber dem Grafen Westra, meist aber, daß der Friedensvertrag nicht erfüllt werden kann und einer Revision zu unterliegen ist aus rechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Gründen. Der Reichstag müsse hier die Initiative ergreifen und zwar sei das eine Angelegenheit, die den Reichstag direkt angehe. Die Wiedergutmachungskommission habe nichts dem zu tun. Wir berufen uns immer noch auf die 14 Milliarden. Eine Wiedergutmachung mache die eigene Not uns ummöglich. Der Antrag bedrohe das Gedeihen unserer Kinder, deren Sterblichkeit gegen 1913 um 55 Prozent gestiegen sei, wie ein englischer Experte festgestellt habe. Unsere Schiffe, die wir bauen, hat man uns abgenommen. Nun kommt noch die Dieselmotorenfrage, um uns den Lebenslohn zu geben. Oberflächlich ist eine neue Vermögensfrage. Schließlich kommen noch die Rohstoffprobleme, die unser Industrieleben töten. Redner appelliert an die Parteien, alles anders zurückzuführen und nur die Revision des Friedensvertrages zu verlangen. Alles andere habe keinen Zweck, da alles von dieser Frage abhängt.

Dr. Hess (Kommunist) vernicht in allen Reden die Sorge um das Volkswohl und um das Proletariat. Der Krieg sei eine Tragödie für die Welt gewesen, und unter seinen Folgen liege Frankreich nicht weniger schwer als wir. Der ganze Staat sei nicht das Papier wert, auf dem er gedruckt sei. Statt daß die Produktion gefördert wird, herrscht überall Stillstand. Der Kapitalismus trägt die Schuld an dem Sinken unserer Valuta, wie auf dem Bankrott der Weltwirtschaft worden sei. Dieses Sinken sei aber nur die neue Hungerwunde. Die Debatte habe eine Gefährlichkeit von rechts nach links gegen seine Partei gezeigt. Die Sachlage wäre wenigstens für die Diktatur und Redner hätten die einseitige Verleumdung von kommunistischen Wörtern zentralen herorgebracht und dadurch bewiesen, daß auch sie zur bürgerlichen Presse gehören. Die Republikaner hätten sich heute frei herum, aber unglückliche Kommunisten hätten sich ihnen noch in Untersuchungshaft. Das sei die Verantwortlichkeit deutscher Gerichte. In der auswärtigen Politik manne er vor Hoffnungen auf Amerika, dessen Politik bereits festgelegt sei. Er glaube auch nicht an einen Jenseitpaß zwischen Frankreich und England. Jetzt sehe Bayern im Brennpunkt des europäischen Interesses und der französischen Bestrebungen. Dann bleibe der deutschen Regierung nur noch der Weg nach Osten offen, den sie sich aber durch die Ausweitung von Einflüssen und Vorkommen verliere habe. Die Schreden angedeuteten von Sowjetrußland seien nur Märchen. Es gehe dem Proletariat nirgends so gut wie dort. Redner schließt mit einer Salve gegen Scheidemann.

Abg. Wipers-Hannover (Welfe) wünscht den deutschen Ministern die innere Kraft, ihr Volkstum zu bewahren. Der Autonomiegedanke erhebt ihm sympathisch. Die englischen Norddeutscher seien in unsere deutschen Hochgebirge eingebrochen u. hätten unsere Fischer vielfach verjagt. In der ganzen Norddeutsche herrsche große Aufregung. Redner polemisiert dann gegen den preußischen Volk, der das Reich 20 Jahre lang getrieben, aber im Krieg noch nichts beigetragen habe und, wie der deutsch-nationale Parteitag zeige, immer noch seine alten Ziele verfolge. Eine gesunde natürliche Anerkennung kann dem Reich den inneren Frieden am besten gewährleisten und damit den Grund legen zum Wiederaufbau auf den Grundfesten des Rechts, oder nicht der Macht.

Abg. Eisenberger (Kant. Bauern): Die Sozialisierung sei ein Schlagwort für die Massen. Sozialisten werde ein wichtiger Kampf nicht vornehmen, und eine solche Gewalttat sei die Sozialisierung. Das Interesse des Mittelstandes und des kleinen Landbesitzes verlange die Ablehnung jeder Sozialisierung. Die Landbesitzer solle mehr produzieren. Wie sei das aber möglich, wenn die die erforderlichen Rohstoffe ständig verteuert werden? Der Friedensvertrag müsse revidiert werden. In Bayern bestche noch immer eine große Angst vor dem preußischen Wuchstümer. Jedenfalls dürfe es nicht so weiter gehen, daß die Wirtschaftspolitik in Berlin erhalten bleibe. Das Judentum sei noch nicht tot, und er bedaure, daß Bayern jetzt gewissermaßen ein Ort der Reaktion werde. Die Anarchie habe das deutsche Volk ins Unglück geführt.

Zuletzt schließt die Besprechung. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Nächste Sitzung Samstag Vormittag 10 Uhr. Tagesordnung: Interpellationen (u. a. über Ewen-Halmstedt), Schluß gegen 7 Uhr.

Abg. Berlin, 6. Nov. (Von unserem Berliner Büro.) Für die im Kriege Gefallenen soll als Gedentag die Einführung eines nationalen Trauertages, wie die

„Germania“ mitteilt, in parlamentarischen Kreisen ernsthaft erwogen werden. Ein dahingehender Antrag der Parteien ist in Vorbereitung.

Deutsches Reich.

Strafanzeige gegen Erzberger.

Berlin, 6. Nov. (Von unserem Berliner Büro.) Wie eine hiesige Korrespondenz erfährt, ist gegen Erzberger von einer Seite, mit welcher er schon verschiedene gerichtliche Auseinandersetzungen hatte, nunmehr bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige erstattet worden und zwar wegen Verdachtes der Steuerhinterziehung. Die Anzeige erstreckt sich auf die Staatsanwaltschaft, ihre Ermittlungen auch auf die Auslandskonten Erzbergers ausgedehnt. Es wird darauf hingewiesen, daß Herr Erzberger bei auswärtigen Banken sehr erhebliche Guthaben gehabt habe. Die Anzeige bittet dann die Staatsanwaltschaft durch Vermittlung des Auswärtigen Amtes festzustellen, ob die Angaben Erzbergers, es habe sich um Gelder des Reiches gehandelt, die zu politischen Zwecken verwendet werden sollten, den Tatsachen entspräche, ferner, ob bei den Schweizer Ueberweisungen Erzberger seine Steuerpflichtungen erfüllt habe.

Berlin im Dunkeln.

Berlin, 6. Nov. (Von unserem Berliner Büro.) Berlin ist zur Umwechslung wieder einmal ohne elektrisches Licht und Straßenbahn und unter Umständen soll auch noch Gas und Wasser der Bevölkerung abgeschnürt werden. In einer Versammlung der städtischen Elektricitätsarbeiter ist gestern Abend beschlossen worden, um 3 Uhr nachts die Stromversorgung Berlins einzustellen. Auch die Stromversorgung von Gropo-Bitterfeld sollte unterbunden werden. So ist es denn auch geschehen. Man hat den letzten Straßenbahnwagen ins Depot fahren lassen, dann ist der Betrieb eingestellt worden und heute früh liegt Berlin im Dunkeln und kein Wagen rattert mehr durch die Straßen. Es handelt sich bei dem Streik um neue Lohnforderungen der städtischen Arbeiter. Der Einigungsaußschuß hatte vorgestern Abend einen Scheidungsanspruch gestellt, der die Stadt mit der Kleinigkeit von 44 Millionen belastet hätte, neue ungeheure Tarifveränderungen für Gas, Wasser, Elektricität und Straßenbahn erforderte und der dann auch von den sogenannten Funktionären in Gnadentönen angenommen worden war. Die Arbeiter haben aber dann über die Köpfe der Funktionäre den Streik beschlossen und haben wie der „Vorwärts“ heute sagt, ohne Rücksicht auf die Interessen der Gesamtarbeiter, den Wirtschaftskörper wieder einmal hart getroffen.

Die Not des Mittelstandes.

Graf Harry Reher mündet seine Kummerstunde allerdings der Geduld von Angehörigen und namentlich von Kindern in den Schichten der Bevölkerung, die von früher zum Mittelstande rechnete, zu kleine Besitze, Landbesitzer, Rentenerpflüger usw. Er erzählt vom „Kocher See“, einen Kessel an die Lebensnot, durch die Einleitung einer Eisenbahn nach der Winter zu retten, was von den vertriebenen Berliner Kindern zu retten ist.

Terror.

m. Baden, 6. Nov. (Priv. Tel.) Bekanntlich ist bei Göttingen „Reit“ seit dem 30. Oktober von der Deutschen Hilfspolizei worden, weil die Reichswehr während der letzten Wochen Verhandlungen mit dem Reichsbrechen ausgehandelt verhandelt. Zur Schlichtung des Streits war der Regierungspräsident angeordnet worden, aber noch vor seiner Einreise sei getötet ein Teil der Auszubildenden vor dem Haus des Generaldirektors zur Verhaftung einer Auszubildenden. 2000 Arbeiter drängen in das Haus ein und verhaften das ganze Personal und zünden die Speise- und Wärfelder an. Auf Grund dieser Verhaftungen hat die Befehlsgewalt für die Zeit vom 12. bis 21. November öffentliche Versammlungen, Versammlungen usw. verboten. Nachmittags trat der Schlichtungsausschuß zusammen. Nach dem von diesem gefällten Schlichtungsbericht soll der Streik nach Erfüllung bestimmter Bedingungen wieder aufgenommen werden.

Berlin, 5. Nov. Der Reichsanwalt und der Reichsminister des Auswärtigen beabsichtigen am 14. bis 16. November das rheinisch-westfälische Industriegebiet und die benachbarten besetzten Gebiete zu besuchen und der zu diesem Zweck an sie ergangenen Einladung der Städte Köln und Düsseldorf Folge zu leisten.

Baden.

Staatsrat Marum und die Heidelberger Presse.

Heidelberg, 5. Nov. Der badiische Staatsrat Marum, der sozialdemokratischen Partei angehörend, hat in einer Polemik mit der „Badischen Post“ in Heidelberg (Organ der Deutschen Arbeiter Volkspartei) folgende Sätze in der mehrheitslosolastischen „Heidelberger Volkzeitung“ veröffentlicht: „Gegenüber Reuten der Sozia, wie sie in der „B. P.“ sich tummeln, gibt es zwei Möglichkeiten des Verhaltens: Entweder man behandelt sie nach der Art, wie die Frau Cailloux es gegenüber dem Redakteur des „Figaro“ getan hat. Bei minderen Subjekten tun schon ein paar Ohrfeigen Wunder. Die Art liegt mir bei meinen friedlichen Temperament nicht. Oder man schlägt auch diese Hundstößen und fämmert sich nicht daran. Ich mache es so.“

Der Heidelberger Presseverein, dem alle hier erscheinenden Zeitungen angehören, hat sich heute nachmittag mit dieser Angelegenheit befaßt. Es wurde ohne Widerspruch folgende Entschlieung angenommen:

„In einer Polemik zwischen der „Badischen Post“ und Herrn Staatsrat Marum hat dieser eine Erklärung veröffentlicht. Darin sind Neuerungen gegen ein Pressenmitglied enthalten, die nach Form und Formulierung in höchstem Grade verlegend sind. Der Verein Heidelberger Presse legt, ohne aus dem Streikfeld selbst auszugehen, im Interesse des Ansehens des Journalistenstandes und des Ansehens der Regierung nachdrücklich Verwahrung hiergegen ein.“

Der Verein Heidelberger Presse wird seine einstimmig gefaßte Entschlieung dem Landesverband badiischer Redakteure und der badiischen Regierung zur Kenntnisnahme und Stellungnahme übermitteln.

Ausland.

Eine neue Verwaltung für Frankreich.

MTB. London, 6. Nov. (Priv. Tel.) Wie die „Daily News“ hört, soll Frankreich eine neue Verwaltung einrichten, die den Krieg dringlicher denn je gemacht ist. Der Plan geht von Unterstaatssekretär Reibel aus und sieht eine Einteilung Frankreichs in 20 getrennte Verwaltungsbezirke vor.

Heidelberg (Schlesien), 5. Nov. (W. B.) Im Agnenberck befindet der frühere Besitzer des Guts „Villa Wilma“ namens Bärenberg seine Familienangehörigen durch Reichliche zu ziehen und darüber dann hat Frau an. Der 15jährige Sohn war sofort tot. Die Frau, die Schwägerin und die 15jährige Tochter wurden mit schweren Verletzungen getroffen. Bärenberg selbst wurde mit dem Rücken des demnach Bärenberg und hat noch einige Stunden. Dem Hotel sind das Todesurteil und das obere Stübchen abgebrannt. Das Hotel der Zeit in Leipzig noch unbekannt, da die noch lebenden Familienangehörigen mit unbekanntem Ort in Frankreich noch nicht wiederverlangt haben. Man nimmt jedoch

Wider die Wohnungsnot.

Am Wohnungsausschuß des Reichstages haben die Deutschnationalen mit Unterstützung der Deutschen Volkspartei folgenden Antrag D. Mumm und Genossen eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen: die Reichsregierung aufzufordern, unverzüglich dem Reichstag einen Gesetzentwurf in der Richtung folgender Grundlinien vorzulegen, die der ständige Beirat des Reichsarbeitsministeriums für Heimstättenwesen aufgestellt hat:

Der ständige Beirat für Heimstättenwesen erklärt, daß ohne sofortige Beseitigung großer Mittel weder der verdrängten Wohnungsgesuche noch dem gefährlichen Wachsen der Arbeitslosigkeit vorgebeugt werden kann. Aus diesem Grunde richtet er an den Herrn Reichsarbeitsminister die dringende Bitte, im Reichsabinett dafür einzutreten, die Hauptverwaltung der Darlehensstellen anzuweisen, Heimstätten-Darlehensstellen "zinslos" auszugeben, die folgenden Bedingungen entsprechen:

1. Eine öffentlich rechtliche Körperschaft (Gemeinde, Gemeindeverband) beschließt eine Anleihe.
2. Mit dem rechtsgültigen und genehmigten Beschluß wendet sie sich an die nächste Darlehensstelle und stellt dort über betragsmäßige Heimstättenanleihe, durch die sie sich verpflichtet, ihren Inhabern kommunalobligatorische Anleihen zu liefern. Diese Anleihen sind steuerfrei.
3. Die Darlehensstelle gibt 60 v. H. des Nennwertes für 4prozentige Kommunalanleihen.
4. Die Darlehensstellen nehmen für Privatwecke gewöhnlich 5 1/2 v. H. Es genügt rechtlich ein Verordnungsersatz der Hauptverwaltung der Darlehensstellen, an Stelle dieser Verzinsung aus der Erlösung der Vorauslagen (Druckkosten, Verwaltungskosten) zu legen. Diese werden gut gedeckt durch 4 v. H.
5. Um Mißbrauch zu verhüten, darf diese Vergünstigung nur bewilligt werden, wenn die Zwischenheime den Verwendungsgegenstand "Heimstättenbau" ausdrücklich erkennen lassen.
6. Für so gekennzeichnete Zwischenheime kann der Kredit der Darlehensstellen jeweils für den einzelnen Bauherrn nur soweit in Anspruch genommen werden, als er zur Bezahlung bereits geleisteter Baukosten dient.
7. Der Kreditnehmer ist berechtigt, das Darlehen jederzeit zurückzahlen, er ist verpflichtet, jährlich mindestens 1 1/2 v. H. zu tilgen.
8. Die Heimstätten haben für ihre Hypotheken insgesamt 1 1/2 v. H. zu entrichten (1 1/2 v. H. für Tilgung, 1/2 v. H. für die Darlehensstellen). Dieser Prozentsatz gilt für die ersten zehn Jahre. Nach Ablauf dieser Zeit wird eine Neuverteilung der Tilgungsrate nach dem Stande des Geldwertes vereinbart.
9. Für die Gemeindeforderungen dienen die Heimstättenhypotheken als besondere Sicherheit. Sie und die daraus basierten Darlehensstellen genießen ein besonderes Vertrauen.
10. Die Darlehensstellen sind verpflichtet, nach Maßgabe der ihr zustehenden Tilgungsbeträge Darlehensstellenheime aus dem Verleih zurückzugeben.
11. Der ständige Beirat für Heimstättenwesen hält es für unerlässlich, daß die in den Sparplänen vereinbarte Sparrate des deutschen Volkes auch durch die Ausgliederung der Grundrenten der Provinzen und Länder in wesentlich höherem Maße als bisher nutzbar gemacht werde für die zur Schöpfung von Volk und Volkswirtschaft unerlässliche Heimstättenbildung in Stadt und Land.

Wirtschaftliche Fragen.

Steuerabzug vom Arbeitslohn.

In Abänderung der ergangenen Bestimmungen vom 16. Juni 1920 — Zentralblatt für das Deutsche Reich Seite 934 — wird folgendes verordnet:

Vom 1. November 1920 an ist die Berechtigung des Arbeitgebers zur Abführung der einbehaltenen Beträge an die für die Betriebsstätte oder in Ermangelung einer solchen an die für den Arbeitgeber sonst zuständigen Finanzstelle von der dortigen Genehmigung des Landesfinanzamtes abhängig. Die Genehmigung ist stets widerruflich und wird nur erteilt, wenn der Arbeitgeber den Nachweis erbringt, daß er auf Grund einzureichender Unterlagen imstande ist, die Steuererträge für die einzelnen Steuerpflichtigen und die für den Arbeitnehmer zu Beginn des jeweiligen Rechnungsjahres zuständige Steuerbehörde genau anzugeben. Wenn der Arbeitgeber dieser Verpflichtung nicht nachkommt, ist die Genehmigung sofort zurückzugeben. Dies gilt auch für alle Fälle, in denen bisher eine Ueberweisung stattgefunden hat.

Auf Verlangen hat der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer auf Grund des § 14 der Bestimmungen vom 21. Mai 1920 eine Ueberweisung auszustellen, aus der die einbehaltenen Beträge, der Zeitpunkt der Abführung und die Steuerbehörde, an die die Beträge abgeliefert worden sind, hervorgehen. Die Steuerbehörde

Der fliegende Koffer.

Reise-Erinnerungen.

Reiseerfahrungen der Deutschen sind selten geworden, mußten selten werden in einer Zeit, da sich vor den deutschen Hagen Kriegenieder und die Schrecken der Kämpfe sowie Kämpfe nur zur Not über die Grenzen hinaus fortdauern. Aber auch heute sind die Reisen und Reisenlust immer noch in hohem Maße von Nutzen der Gegenwart und werden es für ein breiteres Publikum solange bleiben, bis die deutschen Wirtschaftsmittel im internationalen Verkehr wieder einen Hauptfaktor darstellen. Es ist es einmal, dann ist auch das deutsche Volk bei den Reisen im Ausland nicht mehr, die erste Vorbereitung für jenen Sport, für jenen Vergnügen, für jenen Genuß, den wir heute noch nicht als wieder gegeben sein, und unter Reisen ist bisher nur ein Dinar über die sichtbaren Grenzen, ein Dinar mit der gleichen Gemüts des Reisenden und wieder flüchtig zum Bewußtsein. Wir werden die Heimat, die engere Heimat, in ihrem Inneren wieder ganz zu schätzen wissen, und dann wird es auch derjenige, der die Heimat von der Welt geben, wie uns heute unter dem Namen Dr. Hermann Ottmann-Freiburg eines darstellt. Es ist ein kleines, geschmackvoll aufgemachtes Büchlein, eine Erinnerung an acht Reisebilder, zusammengestellt unter dem Titel "Der fliegende Koffer", erschienen im Badiſchen Verlag. Der Verfasser versucht seinen Aufzeichnungen einen unpartheylichen Anspruch zu verleihen und die in ihm als Reiseerinnerungen eines Dr. Selberich auszugeben. Doch Selberich (Selberich, ich selbst) ist der Verfasser selbst unpartheylich zu erkennen. Immerhin wählte Ottmann auf diese Idee eine Reihe von Reiseerinnerungen zu machen, die uns auf die Heimat der Verfasser vorbereiten und für den Reisen Stimmungsbilder der Inappetenz Inhabergabe zusammenfassend voraus. Ottmann ist ein scharfer Beobachter von toller Auffassungsgabe, ein geschickter Erzähler, den ein fein ausgeprägter Beobachtungsvermögen gegenüber den Menschen föhrt als solche zu erkennen und in seinen Schilderungen in ihrer ganzen Ursprünglichkeit zu veranschaulichen. Ueberdies war er dankbar nicht das richtige Maß an geistigem Humor, der den Verfasser überaus eignet, so müssen wir Selberich als Reiseerinnerungen von Raxler Vogabung im ersten Reize der Verfasser die mittelalterliche Geschichte der verkommenen Bogartstadt Salzburg mit Festung und

nimmt diese Bescheinigung vorbehaltlich des Eingangs der Zahlung an und verlangt von der darin angegebenen Steuerbehörde die Ueberweisung.

Sicherung der Brennstoffe in den Schulen.

Das Unterrichtsministerium hat angeordnet, daß diejenigen Schulen, die nicht so ausgiebig mit Heizmaterial versehen sind, um auch bei kaltem Winter ohne Einschränkung damit durchzuhalten, schon jetzt Maßnahmen zur Sicherung der vorhandenen Vorräte treffen. Jedenfalls soll eine Beheizung der Schulgebäude nur an Schultagen stattfinden, Gänge, Turnhallen, Eing- und Zeichensäle sind nicht zu heizen. Störungen des Unterrichtsbetriebs sollen vermieden werden. Der Nachmittagsunterricht ist auf zwei Tage zusammenzulegen. Nach den schweren Beeinträchtigungen, die der Unterricht im vergangenen Winter durch die "Kohlenkrisen" erlitten hat, soll jede Anstaltsleitung mit allen Mitteln der Wiederherstellung solcher Zustände entgegenwirken.

Die Beseitigung mit Spiritus.

Berlin, 5. Nov. (R.A.). Im Unterausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates für Landwirtschaft und Ernährung wird Herr Kai Fischer als Vertreter der Spiritus-Monopol-Verwaltung die Vorzüge darlegt, daß diese weniger Spiritus an die Bevölkerung liefert als früher und daß sie ihn zu teurer verkauft. An der geringeren Beseitigung sei die geringere Erzeugung schuld und die alte Spirituszentrale würde heute auch nicht billiger liefern können. Der Ausschuß war der Meinung, daß das Spiritusmonopol sich nicht als undurchführbar erweisen habe, jedoch müßten erst die Ergebnisse der Jahre 1921 und 1922 abgewartet werden.

Städtische Nachrichten.

Aus der Stadtratsitzung vom 4. Novbr. 1920.

Bei Eintritt in die Tagesordnung widmet der Oberbürgermeister dem verstorbenen Vizebürger Franz Freitag, der dem Stadtratskollegium nahezu 29 Jahre angehört und in einer großen Zahl städtischer Kommissionen eine umfassende Tätigkeit entfaltet hat, Worte ehrenden Gedächtnis. Das Kollegium verleiht den Gefühlen der Trauer und des Dankes für die Wirksamkeit des Verstorbenen für das öffentliche Wohl Ausdruck.

Der Endgemeinderat ist aus ihrer Beteiligung an dem Konjunktur "Autoserverwertung" ein Gewinnanteil von rund 168 000 A. zugewiesen. Der Betrag wird dem Hilfsfonds und dem Fonds für das Säuglingsheim zugewiesen.

Herr Bruno Weil hier, Maximilianstraße 8 hat der Berufsfeuerwehr ein Geldgeschenk von A. 100 überreicht, wofür der Stadtrat den Dank ausspricht.

Der Verbraucherpreis für Zucker wird entsprechend der Erhöhung des Fabrikpreises durch die Reichsregierung vom 30. September 1920 und der sonstigen Anlässe auf A. 4 für das Pfund festgesetzt. Die monatliche Verbrauchsmenge an Zucker beträgt nun wieder 800 Gramm. Von der Schaffung einer Zuckerrücklage für die Einmachzeit durch Kürzung der monatlichen Verbrauchsmenge wird abgesehen. Den Hausfrauen wird überlassen, sich den Einmachzucker selbst einzusparen.

Auf dem Viehof werden 2 Großschwämme zur Beseitigung von Rind in lebendem Zustande erstellt. Die Zustimmung des Bürgerausschusses zur Verwendung von Anwesenheiten im Gesamtbetrag von 180 000 A. wird eingetragt.

Die Abhaltung eines Weihnachtsmarktes, zu dem nur Mannheimer Gewerbetreibende zugelassen werden, wird genehmigt.

Im Sperrgebietverfahren wird bezüglich der kürzlich aus einem Stammgut veräußerten 62 Grundstücke im Gemarkungsteil Sandhofen-Edarhof der Staatsbehörde gegenüber der Standpunkt vertreten, daß die erzielten Steigerungspreise übermäßig hoch seien und die gemeinwirtschaftlichen Interessen verletzen, daß daher die Genehmigung zum Verkauf zu verweigern sei.

Für 13 freihändige Verkäufe von Grundstücken auf Erbschaftsbesitz hat die Prüfung im Sinne des Sperrgesetzes in keinem Falle einen Anlaß zur Geltendmachung eines Rechtsbehelfs ergeben.

Protestversammlung gegen die schwarze Befehung.

Zu einer einmündigen Kundgebung versammelten sich die gestern abend im Museum abgehaltenen Protestversammlung gegen die farbige Befehung. Jeder Satz der Rednerin, Frau Helene Weber, Vortragender Rat im Ministerium für Wohlfahrtsangelegenheiten, war eine wichtige Anklage gegen die französische Politik, war ein Appell an das Gewissen der Welt. Dieser laut und feierlich erhobene Protest soll unsern Brüdern und Schwestern im deutschen Gebiet zum Ausdruck bringen, daß Mannheim und mit ihm das ganze Vaterland höchsten Anteil nimmt an ihrem Leiden. In eindringlichen Ausführungen stellte die vor dem Rednerin stehende Rednerin fest, daß am linken Rheinufer die Befehung des Unwillens höher und höher steigen gegen die farbige Befehung, gegen die französische Politik. Man wolle die Hände hinüberreichen über den Strom zum Festen der Zusammengehörigkeit und des gemeinschaftlichen Bruders. Eine verworrenste Stimmung ist über Deutschland gekommen. Man spricht vom Untergang des Abendlandes. Jeder Ton bräut düstere Wolken und die Rot des Vaterlandes wie des Alltags lastet wie eine dumpfe kleine Schwere auf allen. Rednerin steht auf dem Standpunkt, daß diese Gedanken verdrängt werden können durch

Stärkung des Nationalbewußtseins, durch das Seelenfeuer, das in der Zeit der Not nicht verdrängt, sondern weiter brennt. Sie betonte hierauf die Befehung des linken Rheinufer von verschiedenen Gesichtspunkten aus und behandelte einleitend die Verdrängung der stillen Kräfte und der Familienmutter. Man erkenne die Schwarzen als Menschen an; aber ein Kulturvolk wie das deutsche, kann man nicht beherrschen oder befehlen lassen durch ein Volk mit niedriger Kultur. Die Schand trifft nicht die schwarze Rasse, sondern Frankreich, das sie herbeiführt. Ein anderer Gesichtspunkt ist die Würde der deutschen Frau, die auch zugleich die Würde des deutschen Mannes ist. Wir protestieren, so führte die Rednerin aus, dagegen, daß die Frauen den sinnlichen Schwarzen preisgegeben sind und ruhen Frankreich zu: Wie kannst du das dulden! Wir rufen nicht nur im Auftrag der Frauen von Mannheim, sondern des ganzen deutschen Vaterlandes: Wir wollen die schwarze Befehung nicht mehr wagen der Würde der Frau und der Mannheit. Bisher sind zwei Broschüren über die Schandtat der farbigen Befehung erschienen, die sich selbst in Badenweiler Männer an Frauen und Mädchen, Kindern und Knaben verstreuen und schon liegt wieder neues Material vor. Eine Welle steigt am linken Rheinufer höher und höher; es ist die Welle des Widerstandes, des Hohnes und Hasses gegen die französische Nation. Wir wollen solange protestieren, bis die schwarzen Truppen im deutschen Gebiet verschwinden. Mit einem markigen Appell, Mitstreiter und Kämpfer zu sein in dem gerechten Kampf, kann der mit langanhaltendem stürmischem Beifall aufgenommene Vortrag aus.

Stadtpfarrer Dr. Lehmann sprach im Auftrag des Volkshundes "Mutter die Ehre". Auch er fand wie die Vortragende warmherzige Töne für die Not und Lebenszeit unserer Geschwister über dem Rhein. Schuß der deutschen Frau ist heiliges, nationales Vermächtnis. Unauslöschlich sollen die Proteste hinausfliegen in die Welt, bis Deutschland von dieser Schande erlöst und befreit ist. Ein stimmiger Annahme fand hierauf nachfolgende Entschließung:

Wir Frauen Mannheims protestieren voll Empörung und Schmerz gegen die Anwesenheit farbiger Truppen in deutschen Landen. Als Frauen protestieren wir gegen die unerhörten, schmerzhaften Leiden und Gefahren, denen unsere Geschwister in den von farbigen Franzosen besetzten Gebieten preisgegeben sind. Als Deutsche protestieren wir gegen die Verhöhnung unserer nationalen Ehre, die durch die niederträchtigen Anordnungen der Befehung durch Schwarze gefährdet wird. Als Europäerinnen protestieren wir gegen die systematische Herabwürdigung und Untergrabung der kulturellen Stellung des Europäers überhaupt. Die farbige Befehung ist eine unvermeidliche Notwendigkeit, sondern entspringt lediglich den niedrigen Motiven des Hasses und der Rachsucht. Mögen unsere schwer leidenden Schwestern in dem vom Druck französischer Befehung heimgeführten Heimatgauen sich des Trostes bewußt bleiben, daß die Schande, deren schmerzender Stachel uns mittrifft, auf ihre Urheber zurückfällt.

Die Entschließung fand starken Beifall. Orgelspiel umrahmte den Vortrag. In würdigen Worten erklarte das "Mannheimer Volksblatt", das in den Herzen der Mannheimer mit seinem Schlußsatz: "Herr mach' uns frei" eine tiefgehende Resonanz fand.

* **Feuerbrand.** Gestern mittag brach im Refektorium der Fabrik von Adolf Krebs in der Industriestraße Feuer aus. Als die Berufsfeuerwehr, welche um 11.44 Uhr mit dem kompletten Ausrüstungsrückzug an der Brandstelle anlangte, stand das Dach des Refektoriums bereits in hellen Flammen. Auch das Uebergreifen des Brandes auf die benachbarten Gebäudeteile mußte befürchtet werden. Es wurden deshalb zwei Strohrohre vorgeordnet, von denen das eine von der Dampfmaschine unter Druck gehalten und das andere von den Arbeitern der Fabrik bedient wurde. Auf diese Weise konnte das Brandobjekt beseitigt werden, doch nur das Dach des Refektoriums stark beschädigt wurde. Die Refektorien sind intakt geblieben, können aber bis zur Beendigung der einige Tage in Anspruch nehmenden Aufräumungsarbeiten nicht benutzt werden. Der Betrieb kann trotzdem weitergeführt werden, da der Firma eine Reserve-Maschinenanlage zur Verfügung steht. Die Beschäftigten konnten nach stark einflügender Tätigkeit wieder abtreten.

Vereinsnachrichten.

Die kirchlich-politische Vereinigung veranstaltete am Donnerstag abend im Volkshaus eine öffentliche Versammlung im Bild auf die am Sonntag, den 7. November stattfindende Wahl zum Landesparlament. Stadtpfarrer Heinrich Schuberth in einleitenden Worten sprach über die verschiedenen kirchlichen Gruppen, die sich an der Wahl beteiligen werden. Dann hielt Stadtpfarrer Schuberth einen feierlichen Vortrag über: "Welche Gefahren drohen unserer evangelischen Kirche?" Redner schilderte die zwei Geistesströmungen, die einander gegenüberstehen: die von der Jesus wohl ein Perce, die Wille am Baum der Menschheit, aber eben doch nur eine irdisch-menschliche Befehung ist, und die andere, die in ihm den Gehalt der Welt, den ewigen Gottesdienst, verehrt. Das letztere ist der Glaube der Apostel, der Reformatoren, der großen Heiligen unserer evangelischen Kirche, der Botschafter, der Gebieter der irdischen Liebestätigkeit, der Märtyrer aller Zeiten gewesen. Es ist der Glaubensbegriff der Richtung, die man die "positive" nennt. Die Geschichte zeigt, daß wenn man Jesus seiner göttlichen Herrlichkeit entzieht, die Gefahr besteht, daß auch seine menschliche Herrlichkeit darüber verloren geht. Redner führte diese dem Vortrag zugrundeliegenden Gedanken weiter aus und wies dabei Streiflichter auf die verschiedensten Lebensgebiete. Die große Versammlung folgte seinen Darlegungen mit ständiger Spannung. Der Redner kam dann noch besonders auf die badiſchen kirchlichen Verhältnisse und die Aufgabe der künftigen Landesparlament zu sprechen und schloß mit einem ergreifenden Hinweis auf die künftigen Märtyrer, die ihre Glaubensstreue mit ihrem Blut bezeugen. Ein kräftiges und gehaltreiches Schlußwort wurde von Gemeindeführer H. H. gesprochen.

den Ausbruch eines starken Willens zum Leben — man kann allerdings vielleicht auch sagen zum Tode — in Schönheit darstellte. Herr Oberer widmete Johann dem Andenken Schuberts einige warmempfundene Worte und wies mit Recht darauf hin, daß durch musikalische Herrbilder („Dreimäderlhaus“) ungünstig beeinflusst, nicht alle von uns das rechte und für manches Gemüt erlösende Bild Schuberts im Herzen tragen. Nach einer knappen Erläuterung des Programms begann das Orchester mit dem Vortrag der Ouvertüre aus der Oper „Kosamonde“, der zwei Stücke Ballettmusik aus demselben Werke folgten — das erste durch seine misbräuchliche Verwendung im „Dreimäderlhaus“ wohlbekannt. Dem Orchester begleitet lang sodann Frieda Cornelius vom Kaiser Stadttheater (an Stelle von Frau Jane Freund-Kauen) drei Schubertlieder „An die Musik“, „Nacht und Träume“ und „Du bist die Ruh“. Im ersten Vortrag noch mit einer leichten Unsicherheit kämpfend, wurde die Künstlerin im folgenden dem Gehalt derlieder sowohl stimmlich als auch empfindungsmäßig durchaus gerecht. Die Instrumentation der drei Lieder (von Max Reger) verhalf dem Orchester zu sinnvollen Darstellungen von blühender Farbenfülle. Den Ausklang des Abends bildete Schuberts letzte Sinfonie in C-Dur. Das Nationaltheater-Orchester hatte wieder einmal im Konzertsaal seine große Stunde und Herr Oberer durfte für reich gespendeten Beifall danken.

© **Bromatien.** Der approbierte Nahrungsmittelchemiker und Chemiker, Stadtapotheker (Rex.) a. D. B. B. Braunhardt aus Mannheim wurde am 31. Oktober von der naturwissenschaftlich-mathematischen Fakultät der Universität Erlangen für seine Arbeiten über das a-p-Nitrophenyl-indolyl zum Dr. phil. promoviert.

© **Beethoven-Fest im Badiſchen Landesheater Karlsruhe.** Als Vorfeier zum 150. Geburtstag des Meisters war eine Beethoven-Woche geplant, die im Bad. Landesheater jetzt zu Ende gegangen ist. Den Hauptteil dieser in den niederbrütenden Tagen unserer Zeit innerlich erhebenden und neubelebenden Feierstunden bestritt das Orchester des Landesbühnen, das einige der hervorragendsten Schöpfer Beethovens in die Programme der beiden Sinfonienkonzerte eingestellt hat. Als Solisten wirkten mit Ulrich Hoehn, der das Klavierkonzert in G-dur, und Adolf Busch, der das Violinkonzert in moller Weise zu Gehör brachte. Operndirektor Fritz Cortolozzi am Puls leitete die Aufführungen mit Hingebung und feinsten Schattierungen. Das Landesbühnenorchester erfüllte in hochbefriedigender Weise seine Mission. Im Programm der Beethoven-Woche erschienen ferner zwei Kammermusikabende, in denen Ulrich Hoehn und das Mannheimer Barock-Quartett nachhaltende Eindrücke vermittelten. Eine vortreffliche Gemalt-aufführung und eine wohlüberlegte Wiedergabe des „Fidelio“ bildeten den Schluß der künstlerischen Feierstunden.

Kunst und Wissen.

© **Volks-Sinfoniekonzert.** Das vom Ausschuß für Volksmusik gefestigt im Albelungenaal veranstaltete Sinfoniekonzert, geleitet von Felix Lederer, ausgeführt vom Orchester des Nationaltheaters, war Schubert gewidmet. Karl Geis, ein ausdrucksvoller und eindringlicher Redner, sprach die einführenden Worte, die der Wiedererkennung des großen Werts zur intensiven künstlerischen musikalischen Befehung galten, der bei uns in höchstem Maße fehlte, während er in Wien, das der Redner treffend zum Vergleich heranzog, wenn auch aus dem göttlichen Befehl dieser Stadt geboren,

A. M.

Veranstaltungen.

Theater-Anzeige. Die Aufführung von Hans Reichs Tragedie 'Der Scheitler Martin' findet nunmehr am Freitag, den 12. November im Nationaltheater statt.

Stefan Krasna, Malerabend. Wir verweisen an dieser Stelle nochmals auf den heute abend in der Harmonie stattfindenden Malerabend des Wiener Malers Stefan Krasna.

Willyhelm Bölsche spricht heute abend im Kaiserhof über Natur, Leib und Vererbung in der Natur mit Rücksicht auf die Lehre von Prof. Strauch.

Mannheimer Trio. Zum zweiten Male ladet das Mannheimer Trio in seiner neuen Besetzung, die sich so glänzend bewährt, die Freunde guter Kammermusik zu einem Abend am 8. November in der Harmonie.

Table with 2 columns: National-Theater and Neues Theater. Rows list dates and plays like 'Ausser Miete', 'Das Dreiwedderhaus', 'Zwangs einquartierung'.

Berichtszeitung.

Ein Schieberprozess.

höchsteinstige am Freitag bei hartem Aussehen von Interessenten die 1. Strafkammer des Landgerichts Mannheim unter dem Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Dr. Fein...

Als Sachverständiger ferngestandener Kaufmann R. Gutzjahr-Mannheim in ausführlichen Darlegungen das Verhalten der Schieber während der letzten Jahre und die Bedeutung der Details.

Der Vertreter der Anklage, Herr Dr. Oppenheimer, nahm begreiflich in der Begründung der Anklage den Standpunkt ein, daß das Aufstreben und die Verantwortung des Angeklagten die Vermutung einer gewissen Unschuldigen Freiheit...

Das Urteil wurde um 6 1/2 Uhr abends verkündet. Orbach wurde wegen Kettenhandels und Freiheitsberaubung zu zwei Monaten Gefängnis, Orbach zu einer Geldstrafe von 10 000 Mark oder weiteren je 1 Jahr Gefängnis...

Handel und Industrie.

Börsenberichte.

Mannheimer Effektenbörse.

Mannheim, 5. Nov. Sehr fest lagen heute Braueraktien. Storchbrauerei Speyer begehrt zu 192%, Wetz, Speyer zu 135% und Durlacher Hof-Aktien gingen zu 250% um.

Frankfurter Abendbörse.

Frankfurt, 5. Nov. (Drahtb.) Valutawerte, welche wieder stärker gesucht waren, bewahrten ihre feste Tendenz. Baltimore Ohio handelte man mit 650; Missouri-Zertifikate erreichten den Kurs 325.

Wirtschaftliche Rundschau.

Salzwerk Heilbronn A.-G., Heilbronn.

Nach dem Bericht für das mit dem 30. Juni abgelaufene Geschäftsjahr bewirkte neue Absatzmöglichkeiten nach dem Ausland eine Steigerung des Absatzes. Die Speisesalzerzeugung in der Salinen- und Hüttenanlage...

Die Bilanz verzeichnet bei dem in diesem Jahre von 3 auf 6 Mill. A. erhöhten Aktienkapital Kreditoren mit 6,61 Mill. (2,21 Mill. A. davon 8,30 Mill. A. (1,72 Mill. A.) Debitoren und 2,27 Mill. A. (1,07 Mill. A.) Vorräte gegenüberstehen.

Frachten.

Vom Befrachtungskontor des Partikulierschiffer-Verbandes Jus et Justitia sind folgende neue Frachtsätze aufgestellt worden. Bis auf weiteres werden keine Frachten für die Bedienung von Kähnen für Tonnerfracht festgesetzt.

Für Rheinkähne pro Tag und Tonne 1 A.; für Fahrten oberhalb Kostheim bis Offenbach und oberhalb Karlsruhe Zuschlag pro Tag und Tonne 4-5.

Vorstehende Sätze betr. Kanalfahrt sind Höchstsätze. Die Kisten werden von Fall zu Fall und jeweils nach Maßgabe der Ausnutzungsmöglichkeit...

Die Lade- und Löschriften betragen bis zu 1000 t 100 t pro Tag und für das Quantum über 1000 t 200 t pro Tag.

Neueste Drahtberichte.

Neue Vermehrung der Einlagen bei den Sparkassen.

Während in den Monaten Juli und August ein Abflauen des Geldzuflusses in die Sparkassen zu beobachten war, führte nach einer Mitteilung der Zeitung 'Sparkasse' der September der Sparkassen wieder gewaltige neue Gelder zu.

Organisation des deutsch-russischen Handels.

Gestern ist in der Außenhandelsstelle des Auswärtigen Amtes eine Spitzenorganisation unter Beteiligung der führenden Kreise des Handels, der Industrie und der Arbeitnehmer gegründet worden...

Freiherrlich von Tucher'sche Brauerei A.-G., Nürnberg.

München, 6. Nov. (Eig. Drahtb.) Der Abschluss für 1919/20 erzielt nach Abschreibungen von 272 144 A. (im Vorjahr 279 385 A.) einschl. Vortrag von 90 310 A. (16 402 A.) einen Reinertrag von 723 292 A. (628 243 A.).

Ein englisches Anti-Dumpinggesetz.

Brüssel, 6. Nov. (Eig. Drahtb.) Im Zusammenhang mit der Mitteilung im Unterhaus, daß sich der Betrag der deutschen Warenzufuhr im September auf 17 190 706 Pfd. Sterling erhöht habe...

bestimmte deutsche Waren, besonders Textilien, die angeblich unter dem Erzeugerpreis infolge des schlechten Standes des deutschen Valuta eingeführt wurden...

Waren und Märkte.

Von den Getreide- und Futtermittel-Märkten.

Von unserem fachmännischen Mitarbeiter.

Die deutschen Produktmärkte standen in letzter Zeit hauptsächlich unter dem Einfluß der scharfen Steigerungen der ausländischen Devisen, wodurch die auswärtigen Fortschritten für Mais, obwohl sie sich zeitweise sogar ermäßigten...

Die feste Lage des Futtermarktes kam auch bei den Futterhäufelrüben, bei dem Mischfutter und den Hilfsfuttermitteln im Geschäft und in den Preisen zum Ausdruck.

Berliner Metallbörse vom 5. November.

Table with 3 columns: 5. Nov., 5. Nov., 5. Nov. Lists prices for various metals like Aluminium, Kupfer, Zinn, etc.

Zur Marktlage der Kohlensortenprodukte.

Die Nachfrage nach Ammoniak ist etwas ins Stocken geraten, dagegen sind die Preise unverändert; weil sie gesetzlich festgelegt wurden. In Teerprodukten ist die Nachfrage zum Teil außerordentlich stark...

Wasserstandsbeobachtungen im Monat November.

Table with 4 columns: Pegelstation, Datum, 1., 2., 3., 4., 5., 6., Bemerkungen. Shows water level observations for various stations.

Witterungsbericht.

Table with 4 columns: Datum, Temperatur, Luftdruck, Wind. Shows weather data for various dates.

Empfehlung: Dr. Fritz Goldbaum.

Verantwortlich für Inhalt: Dr. Fritz Goldbaum; für Redaktion: H. Habermann; für Druck: Dr. A. Reppel; für Anzeigen: Carl Engel.

Werdende und stillende Mütter.

nehmen nach ärztlichem Urteil dauernd und regelmäßig Caphosol (Calciumphosphorates Raitzparan) zu sich...



Die Ärzte empfehlen als Hausmittel gegen rote Hände, spröde, rissige Haut, bei kleinen Verletzungen, Brandwunden, leichten Ausschlägen und Entzündungen wegen ihrer kühlenden und heilenden Wirkung Nivea-Creme.

